



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XI/62 - 9.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 089 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Vor dem interessantesten parlamentarischen Quartal	S. 1
Erlanders Besuch in Moskau	S. 3
Der Fall Globke darf nicht ruhen	S. 5
Gesetzesbereinigung in Bayern	S. 7

Das Arbeitsprogramm des Bundestages

ap. Das nächste Woche beginnende neue parlamentarische Quartal in Bonn verspricht eines der interessantesten zu werden; eine Fülle von innen- und aussenpolitischen Grundsatzentscheidungen drängen sich in diesen 3 1/2 Monaten bis zur Sommerpause zusammen.

Der parlamentarische Auftakt nach der Osterpause beginnt gleich mit zwei Paukenschlägen, denn sowohl die Grosse Anfrage der SPD zur Zenkerrede als auch eine Grosse Anfrage protestantischer Abgeordneter der SPD, FDP und des BHE zum Reichskonkordat stehen auf der Tagesordnung.

Voraussichtlich noch in April wird es auch zu einer grossen aussenpolitischen Aussprache kommen, denn die jüngste Entwicklung muss auch das Parlament veranlassen, klar Stellung zu beziehen. Da von der Bundesregierung und von der CDU/CSU nicht zu erwarten ist, dass sie das Parlament in dieser Frage als die oberste Instanz anerkennen, wird, wie bei fast allen vorangegangenen aussenpolitischen Debatten der letzten Jahre, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Initiative ergreifen.

Auch die abschliessenden Haushaltsberatungen im Bundestage versprechen dieses Mal recht interessant zu werden, nachdem die CDU schon in der kommenden Woche über ihr Steuer-Budget entscheiden will. Wieviel Schneid der Bundesfinanzminister der CDU/CSU noch abkaufen wird, weiss man nicht. Auf jeden Fall wird die SPD diesem Programm ihre eigenen Vorstellungen gegenüberstellen. Sie wird dabei die Auffassung der Länder-

finanzminister berücksichtigen; dass eine Senkung des Einkommensteuertarifes unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen soll. Für die SPD bedeutet das, dass vor allem die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müssen, während die CDU/CSU durch die lineare Senkung den Grossverdienern wieder neue Zehntausende an Steuerersparnissen zuschieben will. Daneben wird die SPD ihren Kampf um eine Senkung bzw. Streichung der unsozialen Verbrauchsteuern fortsetzen.

Auch die sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden einen vermutlich neuen Höhepunkt erleben. Gegenüber der "Produktivitätsrente" der Bundesregierung, die die Altersversorgung nach allem, was bisher bekannt ist, keinesfalls ausreichend sichert, wird z.B. Kernstück der sozialdemokratischen Vorlage die Bestimmung sein, dass die Altersrente nach einem normalen Arbeitsleben 75 % des Einkommens erreicht und die Rente laufend an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepasst werden muss.

Harte parlamentarische Kämpfe stehen dann bei der abschliessenden Beratung des zweiten Wohnungsbaugesetzes bevor, denn der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist eine tödliche Gefahr für den sozialen Wohnungsbau. Bei der bevorstehenden Änderung des Verfassungsgerichtsgesetzes wird sich zeigen, ob die Koalition durch den Wahlmodus der Richter statt eine Verfassungsgerichtetes ein Regierungsgesicht anstrebt. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss werden die Kartellgesetzentscheidungen heranreifen, die Saarfrage wird nach wie vor das Parlament beschäftigen, das Luftschutzprogramm steht ebenso auf der Tagesordnung wie die fünfte Novelle zur Kriegsoferversorgung, bei der es sich erweisen wird, ob man für die Leiden und Opfer der alten Soldaten und ihrer Hinterbliebenen ein gleiches Mass an Interesse und finanziellem Aufwand aufbringen will, wie für die Aufstellung der neuen Truppen.

Vor allem aber steht auch das Wehrpflichtgesetz der Bundesregierung auf der Tagesordnung, das grösste aussenpolitische Bedeutung hat und das die SPD ablehnen wird.

Früchte der Allianzfreiheit

R.H. Stockholm

Moskaus Versuch, die zu Stalins Zeiten festgefahrene Nordeuropa-Politik durch persönliche Kontakte mit den Regierungs-Chefs der skandinavischen Länder in neue Bahnen zu lenken, ist zumindest in der Einleitungsphase geglückt. Der kürzliche Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander in der Sowjetunion hat ebenso wie die früheren Besuche des norwegischen Ministerpräsidenten Gerhardsen und des dänischen Ministerpräsidenten H.C. Hansen zweifellos zu einer weiteren Entspannung und zu positiven Ansatzpunkten für die Zukunft geführt.

Aussenpolitisch will Moskau zweifellos unterstreichen, wie sehr es die ausgleichende Wirkung der schwedischen Allianzfreiheit zu schätzen weiss. Wann und wo immer Krisenherde der internationalen Politik entstehen, waren und sind schwedische Persönlichkeiten als von Ost und West anerkannte Vermittler und Schlichter tätig. Dass diese Allianzfreiheit nicht als Schwächezeichen zu werten ist, hatte Erlander schon in seinen ersten Begrüssungsworten in Moskau betont; er sagte damals, dass Schwedens Friedenspolitik getragen wurde - und getragen wird - von der festen Entschlossenheit des schwedischen Volkes, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Jenen westdeutschen Politikern, die durch Verquickung und Entstellung der Begriffe Allianzfreiheit und Neutralität der sozialdemokratischen Politik den Boden abgraben wollen, wäre ein gründliches Studium gerade dieses Kommuniqué-Punktes sehr zu empfehlen.

Was die innenpolitischen Absichten Moskaus im Zusammenhang mit den Einladungen der skandinavischen Ministerpräsidenten anbelangt, so glauben schwedische Pressestimmen, darauf schliessen zu können, dass bei der Bevölkerung der Sowjetunion der Wunsch nach einer Überwindung der stalinischen Isolationspolitik und die Friedenssehnsucht so stark geworden ist, dass die Sowjetregierung es für angezeigt hielt, durch gegenseitige Besuche, über die in der sowjetischen Presse ausführlich berichtet wird, ihre guten Absichten dem eigenen Volke gegenüber zu demonstrieren. Zweifellos ergeben sich - sobald die vollkommene Isolation aufgegeben wird - für die Zukunft des Sowjetregimes interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Schon die Sowjetsoldaten, die in den Jahren des Hitlerischen Zusammenbruchs den mitteleuropäischen Lebensraum aus eigener Anschauung kennenlernt waren nach ihrer Rückkehr trotz Arbeitslagern und Umschulung kaum mehr von der Überlegenheit des Sowjetsystems zu überzeugen. Jede Sowjetdelega-

tion, die westwärts fährt, erhält den gleichen Anschauungsunterricht - und es reisten während der letzten Jahre Dutzende Delegationen allein nach Schweden.

Im Kommuniqué haben gerade diese Umstände ihren Niederschlag gefunden, denn es wird sehr ausführlich davon gesprochen, dass der Kulturkontakt, die Touristenreisen und der wissenschaftliche Erfahrungsaustausch durch eine weitere Intensivierung der gegenseitigen Delegierungen entwickelt werden sollen. Die Schweden interessieren sich u.a. für die Organisation des übrigens sehr erfolgreichen höheren Schulwesens in der Sowjetunion, die Russen für die technische Ausbildung in Schweden.

In einem Punkte war Erlanders Moskareise für die Schweden eine Enttäuschung. Erlander hatte im Kreml eindeutig dargestellt, mit welchem ausserordentlichen Interesse die Schweden das Schicksal des seit 1945 in der Sowjetunion festgehaltenen schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg verfolgen. Von sowjetischer Seite wurde - nun zum zweiten Male - versichert, dass Wallenberg sofort nach Schweden zurückkehren könne, sobald er aufgefunden wird. Die schwedische Regierungsdelegation überreichte ausführliches Beweismaterial, welches der Sowjetpolizei auf die Spur helfen soll. Dieses Katze- und Maus-Spiel belastet zweifellos die gegenseitigen Beziehungen.

Erlander hat genau so wie seine Vorgänger, Gerhardsen und H.C. Hanser peinlich genau darauf geachtet, dass sein Besuch als Ministerpräsident nicht mit seiner Funktion als Vorsitzender der schwedischen Sozialdemokratie in Verbindung gebracht wird. An dem scharfen Gegensatz zwischen seiner Partei und dem Bolschewismus kann daher kein Zweifel bestehen. Es besteht auch keine Gefahr, dass die Wachsamkeit Schwedens gegenüber dem östlichen Nachbarn nachlasse. Aber man registriert und fördert gerne die Ansatzpunkte für eine künftige Besserung der zwischenstaatlichen Verhältnisse.

\*

\*

\*

"Mitverantwortlicher für namenloses Unheil"

sp. Die Globke-Lawine, wie es die Presse genannt hat, ist unaufhaltsam im Rollen. Die Kritik daran, dass Globke als Staatssekretär das Bundeskanzleramt leitet, wird nicht nur von Parlamentariern und oppositionellen Parteien erhoben, sondern wird vielfach und in wachsendem Masse auch von parteipolitisch unabhängigen Journalisten und ihren Zeitungen geübt. Der Herausgeber der "Stuttgarter Zeitung", Dr. h.c. Josef Eberle, selbst ein Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, hatte sich in Nr. 64 seines Blattes vom 16. März 1956 unmittelbar durch eine "Herr Globke!" überschriebene "Bemerkung" an Globke gewandt. Darin hiess es:

"Die Bundesrepublik zahlt Milliarden Wiedergutmachung an Israel und an die Opfer der Rassegesetzgebung, die Sie, Herr Globke, kommentiert haben. Aber Sie, Herr Globke, ein Mitverantwortlicher für das namenlose Unheil, das wir wiedergutzumachen versuchen. Sie kleben mit einer Dickfälligkeit, die einem Elefanten Ehre machen würde, an Ihrem Posten, der Sie doch täglich und stündlich in Gewissenskonflikte bringen müsste... Sie können Ihrem Vaterland, so wie die Dinge gelaufen sind und stehen, keinen besseren Dienst erweisen, als wenn Sie morgen zurücktreten."

Am 24. März veröffentlichte die "Stuttgarter Zeitung" dann eine Fülle von Leserzuschriften, die sich mit ausserordentlicher Schärfe gegen Globke wenden und in den Worten gipfeln:

"Bitte jetzt nicht mehr nachlassen gegen Herrn Globke!"

Bezeichnenderweise leitet die "Stuttgarter Zeitung" diese Publikation mit der Vorbemerkung ein:

"Es ist uns nicht möglich, einen Leserbrief abzudrucken, der als Stimme gegen die Tendenz der Bemerkung zu betrachten wäre, da kein einziger derartiger Brief eingegangen ist."

In der "Süddeutschen Zeitung" Nr. 81 vom 4. April nimmt der bekannte Journalist Dr. Ernst Müller-Meinungen Stellung. Er beurteilt Globkes Kommentierung des Nürnberger Rasseunrechts dahin, dass sie "in jedem Fall ihren Autor schändet" und bezeichnet es als eine Schande, dass ein solcher Mann heute effektiv die erste Geige spiele:

"Der Verfasser eines solchermaßen zu charakterisierenden Werks auf dem Posten eines Staatssekretärs im Bundeskanzleramt zu sehen, übersteigt einfach die Grenzen des Erträglichen."

Mit aller Eindeutigkeit stellte Dr. Ernst Müller-Meinungen deshalb

fest: "Herr Globke, ist fehl am Platz!"

Die "Stuttgarter Nachrichten" sprechen in Ihrer Nr. 79 vom 5. April in einem Leitartikel des Herausgebers und Chefredakteurs Henry Bernhard von einer "Globke-Misere" und fordern:

"Keinesfalls sollte man die Angelegenheit Globke schwelen lassen."

Das wird auch nicht geschehen.

#### Ablenkungsversuche

Wenn unverständlicherweise vereinzelt heute ein Erstaunen darüber laut wird, woher die Globke-Misere kommt, so zeigt sich darin nur, wie virtuos die von dem Herrn Bundespräsidenten auf dem Berliner Juristentag gebrandmarkte Technik des Vergessens geübt wird. Der einfache Grund dieser Misere ist ganz schlicht der, dass man über den "Kommentar" zu den Nürnberger Schandgesetzen nicht hinwegkommen kann und niemals aus dem Gedächtnis verlieren darf, dass Globke für immer seinen Namen damit verbunden hat. Der Versuch, die Kritik an dieser Tatsache dadurch zu diffamieren, dass man die Behauptung erfindet, ausgerechnet Globke würde als "profilierter Katholik" angegriffen, ist an dieser Stelle schon als töricht und gerade für die Katholiken beleidigend zurückgewiesen worden. Vollends unsinnig ist die Unterstellung, man greife Globke an, um den Kanzler zu treffen. Die Adenauersche Politik stürzt mit oder ohne Globke ihrem Ende entgegen; insbesondere hat die SPD stets Dr. Adenauer frontal angegriffen, wann und wo immer sie sich zur Ablehnung seiner Politik verpflichtet weiss. Ebenso abgeschmackt wie jene Unterstellung, man wolle in Globke den Kanzler treffen, wäre es, darin, dass diese Kritik niemals verstumme und niemals verstummen wird, lediglich als Vorspiel zum Wahlkampf sehen zu wollen. Der Bundeskanzler und die Unionsparteien haben es in der Hand, rechtzeitig den Wahlkampf von einer Globke-Misere zu entlasten. Noch ist es Zeit.

#### Misegriffe am laufenden Band

Es darf auch nicht übersehen werden, dass Globke selber gerade in jüngerer Zeit das Anwachsen dieser Kritik zusätzlich durch sein eigenes Verhalten geradezu herausforderte. Durch seine Mitreise nach Moskau trat er in das volle Licht der Weltöffentlichkeit. Und war es notwendig, ausgerechnet Globke zum Mitglied der Delegation zu machen, die dem Papst die Glückwünsche des ganzen deutschen Volkes zu seinem 80. Geburtstag

überbrachte? Denn es gibt Gott sei Dank viele, sehr viele Deutsche, die an allerletzter Stelle von Globke vertreten zu werden wünschen, ja die eine solche Vertretung mit schärfstem Widerspruch ablehnen müssen. Nicht genug damit hat Globke sich während der Erkrankungen des Bundeskanzlers in verfassungswidriger Weise als Vizekanzler aufgespielt und an den unglaublichen Verhören, die man Dr. Thomas Dehler im Bundeskanzleramt zumutete, mit Methoden mitgewirkt, die zu peinlich an Globkes Tätigkeit während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Reichsinnenministerium erinnerten.

Globke ist schliesslich nicht davor zurückgeschreckt, einen demokratischen Politiker wie den Bundestagsabgeordneten Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg brieflich wegen dessen Äusserungen in den Vereinigten Staaten mit der unerhörten Behauptung zur Rede stellen zu wollen, dass dieser deutsche Parlamentarier dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Auslande geschadet habe. Ärger kann es nicht kommen. Denn wer dem deutschen Ansehen geschadet hat und noch immer schadet, dürfte nicht zweifelhaft sein.

\* \* \*

#### Staatsregierung Högner greift durch

19 000 überflüssige Verordnungen  
Die CSU und der Paragraphenschwengel

MM. Im Bayerischen Landtag wird in diesen Tagen das von der Regierung vorgelegte "Erste Gesetz zur Bereinigung des Landesrechtes" zur Beratung kommen. Durch dieses Gesetz werden die Grundlagen für die Zusammenfassung aller noch geltenden landesrechtlichen Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen in einer handlichen Sammlung von 4 - 5 Bänden geschaffen. Damit werden die in Bayern seit dem 18. Januar 1802 erschienenen 175 Bände des Gesetz- und Verordnungsblattes mit insgesamt über 20 000 Vorschriften entbehrlich. 95 % des Vorschriftenbestandes oder 19 000 sind davon überflüssig oder entbehrlich geworden. Die Behörden werden somit nicht mehr mit 175 Bänden zu arbeiten haben, sondern lediglich mit den verbleibenden 4 - 5 Bänden.

Ist dieses Gesetz vom Landtag verabschiedet, werden in die noch geltenden Gesetze, Vorschriften und Bekanntmachungen alle eventuell erfolgten Änderungen oder Ergänzungen eingefügt, so dass mit einem bestimmten Stichtag ein gültiges Gesetz vorliegt. Man braucht dann nicht

mehr alle Änderungen eigens zu berücksichtigen. Der Richter, der Verwaltungsbeamte, aber auch der Staatsbürger hat ein vollständiges Gesetz vorliegen, ohne dass er Sorge haben muss, ein später erschienenenes Abänderungsgesetz übersehen zu haben.

Um diese umfangreichen Arbeiten leisten zu können, wurde in jedem Ministerium ein qualifizierter Beamter zur Durchführung freigestellt. Gesteuert wird die Arbeit von der Bayerischen Staatskanzlei und dem Ministerpräsidenten. Diese Arbeit stellt einen wesentlichen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung dar. Sie fördert aber auch in entscheidendem Masse die Rechtssicherheit, denn unklare und hinsichtlich ihrer Gültigkeit zweifelhafte Vorschriften erzeugen Rechtsunsicherheit, weil sie unterschiedlichen Auslegungen und auch Irrtümern bei der Anwendung Vorschub leisten. Die gesamte Arbeit soll bis Ende des Jahres 1956 abgeschlossen sein.

Es ist bezeichnend für die Politik der CSU-Opposition, dass sie plötzlich glaubt, gegen diese Arbeit Vorbehalte vorbringen zu müssen. In ihrer Pressekorrespondenz brachte sie "juristische Gründe" gegen die Ausserkraftsetzung der Gesetze vor und warnte sogar, der Regierung ein "Ermächtigungsgesetz" zu geben. Man kann es kaum glauben, dass sich die CSU im Bayer. Landtag diese Argumentation zu eigen macht und eine solche Gesetzesbereinigung ablehnt. Odeyschlöte etwa die CSU nach den Anweisungen ihres Rednerdienstes Fr. Lo für die Gemeindewahlen handeln wollen, wo es hiess, dass in Wirklichkeit die Opposition schon jetzt überlegen sei, "weil sie tatsächlich die Regierung am Regieren und an der Entfaltung eines Programmes hindern kann". Das aber ist nicht Opposition, sondern Destruktion.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau